



Position zum Umgang mit der AfD

Gekürzte, öffentliche Fassung



1. Unsere Werte als NABU

Der NABU ist überparteilich und überkonfessionell und bekennt sich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland. Er bietet allen Mitgliedern unabhängig von individuellen Merkmalen wie dem Geschlecht oder der Abstammung eine Heimat¹ und hat zudem in seiner Verbandsordnung ausdifferenziert, dass Menschenrechte, der entschiedene Einsatz gegen Diskriminierung, Fremdenhass und Menschenfeindlichkeit und der Schutz von Betroffenen verbandliche Aufgaben sind². Für uns ist völlig klar: Rassismus und ausschließendes Verhalten sind für den NABU nicht zu tolerieren. Der NABU trägt Verantwortung, nicht nur für den Natur- und Umweltschutz sondern auch als starke Stimme einer demokratischen Zivilgesellschaft.

2. Unser Blick auf die AfD

Die AfD ist eine Partei, die durch demokratische Wahlen in 14 von 16 deutschen Landesparlamenten gewählt wurde (Stand April 2024). Auch im Deutschen Bundestag ist sie seit 2013 ununterbrochen vertreten. Sie ist durch das Parteienprivileg nach §21 GG wie alle Parteien mit einem erhöhten Schutz- und Bestandsgarantie ausgestattet, wird zugleich bereits seit einigen Jahren als völkisch-autoritäre, rechtspopulistische, z.T. rechtsextremistische Partei angesehen³. Die gesamte Partei ist seit März 2022 durch das Bundesamt für Verfassungsschutz als rechtsextremistischer Verdachtsfall⁴ eingestuft. Drei AfD Landesverbände sowie die Jugendorganisation „Junge Alternative Deutschland“ gelten bereits als „gesichert rechtsextremistisch“.

Kontakt

NABU Bundesverband

Matthias Laurisch
Fachbereichsleiter Engagement und Verbandsentwicklung

Tel. + 49 30 284984-1114
Matthias.laurisch@NABU.de

¹ NABU-Bundessatzung

² Vgl. NABU-Verbandsordnung, Abschnitte 3.2.1 f.

³ [Die AfD: Werdegang und Wesensmerkmale einer Rechtsaußenpartei | Rechtspopulismus | bpb.de](#)

⁴ [AfD als Verdachtsfall eingestuft | bpb.de](#)

Die AfD vertritt offen ein autoritäres Gesellschaftsmodell, besetzt zahlreiche antidemokratische Positionen⁵ und vertritt Werte, die denen des NABU widersprechen⁶.

Die Partei hat zwar ein klares Gesellschaftsbild, jedoch variieren die Motive ihrer Wählerschaft von Protestwahl bis hin zu extremen Gesinnungen^{7,8}. Unsere Maßnahmen sind vorrangig auf Akteur*innen ausgerichtet, die sich politisch für die AfD engagieren. Hier kann eine starke Bindung an die Partei angenommen werden. Der NABU positioniert sich zudem grundsätzlich gegen rechtsextreme sowie rechtspopulistische Verhaltensweisen.

3. Warum ist die AfD für Naturschutz und die Ziele des NABU eine Gefahr

Naturschutz ist ein Anliegen des Gemeinwohls und muss durch politische Regelungen gegen die allgegenwärtigen Nutzungsinteressen gesichert werden. Dafür brauchen wir demokratische Mehrheiten, deren Zustandekommen von einer gemeinsamen Grundwertebasis abhängt.

Parteien, die Naturschutz nur als (weiteres) Thema nutzen wollen, um demokratische Prozesse verächtlich zu machen, unterminieren die Basis für notwendige Mehrheiten unserer Gemeinwohlanliegen. Sie suchen nicht nach Lösungen, sondern nutzen bestehende Probleme vor allem für Anklagen, um unsere Demokratie zu schwächen.

Das zeigt sich auch in der Naturschutzpolitik und führt zu einem ambivalenten Bild. So werden oft berechtigte Kritiken des NABU an politischen Entscheidungen scheinbar von der AfD geteilt. Im Zweifelsfall steht die AfD dann aber doch meist auf der Seite der Gegeninteressen⁹. Eine Untersuchung¹⁰ des NABU zeigt außerdem, dass die „Neue Rechte“¹¹ und auch die AfD¹² dort intervenieren, wo bereits Konflikte bestehen, wie zum Beispiel im Zielkonflikt zwischen Arten- und Klimaschutz im Kontext der Energiewende.

Zudem reichern sie Anliegen des Naturschutzes, wie Wald, die deutsche Kulturlandschaft oder Neobiota, mit ausschließenden¹³ und antidemokratischen Argumenten an und versuchen damit, ihre Weltbilder in die Mitte der Gesellschaft zu bringen. So sollen der Naturschutz und seine Themen gekapert werden¹⁴. Oft enthalten

⁵ Antidemokratische Überzeugungen sind ein Merkmal rechtsextremistischer, nicht allerdings rechtspopulistischer Strömungen (s. NABU-Broschüre „Rechte Aktivitäten im Naturschutz“).

⁶ Z.B. eine auf ausschließenden Prinzipien basierende, nicht selbstbestimmte Zivilgesellschaft, Vgl. [Programm AfD Online .pdf](#) S.47, Abschnitt 7.2

⁷ [Wahlergebnisse und Wählerschaft der AfD | Parteien in Deutschland | bpb.de](#)

⁸ [Rechtsextreme Einstellungen der Wähler:innen vor der Bundestagswahl 2021 \(bertelsmann-stiftung.de\)](#)

⁹ Z.B. beim Umgang mit dem Wolf, vgl. [Umwelt - Alternative für Deutschland \(afd.de\)](#)

¹⁰ Vgl. NABU-Studie [„Rechte Aktivitäten im Naturschutz“](#)

¹¹ [Was die "Neue Rechte" ist – und was nicht | Rechtsextremismus | bpb.de](#)

¹² B.Höcke in „Die Kehre“ Heft 06 – Sommer 2021, S.32

¹³ Bspw. das Konzept des Ethnopluralismus, einer auf Kultur- und Identitätsfragen fußenden Spielart des Rassismus: [Ethnopluralismus – Wikipedia](#).

¹⁴ Bspw. B.Höckes Aufruf bei der Wahl zum Vogel des Jahres 2021 Vgl. [Extremen Rechten den Vogel zeigen! | FARN – Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz \(nf-farn.de\)](#)

ihre Argumentationen dabei „ein Körnchen Wahrheit“ und beziehen sich bspw. auf Artenschutzpositionen bzw. -studien des NABU¹⁵.

Auch in der Klima- und Umweltpolitik lässt sich eine gefährliche Haltung beobachten. Hier fußt das Bild der AfD immer noch weitgehend auf einem Infragestellen¹⁶ oder einer vollständigen Leugnung¹⁷ des menschengemachten Klimawandels. Zudem lehnen populistische Rechte die EU ab. Für Natur- und Umweltschutz wäre ein Wegfall europäischer Regelungen dramatisch, denn ein Großteil des für uns wichtigen Rechtsregimes basiert auf europäischen Regelungen.

Die AfD steht mit diesen Konzepten nicht allein. Andere, aktuell v.a. rechtspopulistische und rechtsextremistische Gruppierungen nutzen Themen des Naturschutzes auf ähnliche Weise. Die nachfolgenden Betrachtungen zum Umgang mit der AfD können und sollen daher auch beispielhaft für einen Umgang mit anderen antidemokratischen Akteur*innen dienen.

4. Folgen für den Umgang des NABU mit der AfD und ähnlichen Akteur*innen

Die AfD ist wie gezeigt keine Partei wie jede andere und kann daher auch nicht so behandelt werden. Als NABU wollen wir,

- die AfD nicht als normale, demokratische Partei darstellen,
- der AfD keine Bühne für ihre Politik bieten,
- die Perspektive der AfD nicht aufwerten,
- deutlich machen, dass die Werte der AfD mit denen des NABU nicht vereinbar sind,
- den Verschwörungselementen¹⁸ der AfD entgegentreten,
- der AfD die Argumente des Naturschutzes nicht für ihre ausgrenzende Politik überlassen,
- der AfD keine Einflussmöglichkeiten auf unsere Strukturen einräumen und uns bewusst abgrenzen,
- der AfD keine Chance bieten, sich mit dem guten Namen NABU zu schmücken.

Im Einzelnen bedeutet dies:

Im Umgang mit Personen und Positionen orientieren wir uns am Konzept eines Handlungsrahmens (s.u.) innerhalb dessen wir in der jeweiligen Situation bewerten wie und wie weit sich unsere (o.g.) Prinzipien umsetzen lassen.

Bei **Diskursen im öffentlichen Raum**, in denen AfD-Argumente von Dritten verwendet werden, geht der NABU, so es für notwendig, sinnvoll und/oder gewinnbringend erachtet wird, in die fachliche Auseinandersetzung. Dabei ist die eigene Wertebasis zu betonen.

¹⁵ Expert*innen bezeichnen dies als Metapolitik. Es ist der Versuch, Naturschutzthemen in einen Kanon von Demokratiekritik, Menschenfeindlichkeit, Nationalismus und Ausgrenzung einzubetten.

¹⁶ [Umwelt - Alternative für Deutschland \(afd.de\)](https://www.umwelt-alternative.de)

¹⁷ [Was sagt die AfD zum Klimawandel? Was sagen andere Parteien? Und was ist der Stand der Wissenschaft? | klimafakten.de](https://www.klimafakten.de)

¹⁸ Eine gängige Verschwörungserzählung der „Neuen Rechten“ ist bspw. unter dem Begriff des „[großen Austausches](#)“ bekannt

Für die **fachliche Auseinandersetzung** gilt, dass sich der NABU von der AfD nicht instrumentalisieren lässt. Wir beschränken unsere Auseinandersetzung mit ihr auf das Unvermeidliche (z.B. wenn die AfD den NABU in der Öffentlichkeit benennt oder anspricht). Unsere Antwort folgt dann o.g. Grundsätzen und orientiert sich an unserem Blick auf die AfD.

Die AfD soll in der **öffentlichen Darstellung ihrer Positionen** oder Äußerungen durch den NABU (z.B. bei Wahlprüfsteinen) nicht wie andere Parteien behandelt werden. Werden Positionen oder Äußerungen dennoch veröffentlicht, so sind diese durch eine Einordnung der AfD zu ergänzen (z.B. Faktenchecks).

Kontakt mit der Partei als solcher wird vom NABU weder proaktiv gesucht, noch werden Kontaktaufnahmen der AfD (z.B. Einladungen, Informationen zu NABU-Positionen) positiv beantwortet. Bei Veranstaltungen Dritter, bei denen Vertreter*innen der AfD auftreten, wird im Vorfeld geprüft, ob eine Teilnahme Sinn macht, weil wir politisch etwas bewirken können.

Wir vermeiden den Kontakt mit **gewählten AfD-Vertreter*innen** in öffentlichen Gremien. Einladungen von NABU-Akteur*innen in Gremien, in denen die AfD auch Sitze hat, sind zulässig, wenn diese nicht durch die AfD erfolgen. Einladungen können auch angenommen werden, wenn der Vorsitz bei einem*r AfD-Mandatsträger*in liegt. Solche Gremien können durch den NABU auch fachbezogen angeschrieben werden.

Ein **Kontakt zu Staatsvertreter*innen** aus der AfD wird nur hergestellt, wenn diese unsere Fachthemen in ihren öffentlichen Ämtern bearbeiten. Hierbei ist auf größtmögliche Distanz und eine entsprechende Kontextualisierung nach außen zu achten. Es wird genau geprüft, ob die Kontaktaufnahme wirklich nötig ist. **Gemeinsame Fotos oder Erklärungen werden so weit wie möglich vermieden.**

In Bezug auf NABU-Mitglieder, die zugleich **politische Arbeit für die AfD machen**, gilt: Für den NABU widerspricht politische Arbeit für die AfD den in § 2 Absatz 3 der NABU-Bundessatzung genannten Grundwerten des NABU. Jemand, der*die diese Werte ablehnt kann nicht Mitglied im NABU sein oder werden. Das bedeutet, dass auch Vereinsausschlüsse oder die Nicht-Aufnahme in Betracht kommen.

5. Bindungswirkung und Kommunikation dieser Positionierung

Diese Position hat nach § 7 (8) der NABU-Satzung Bindungswirkung für den gesamten NABU und seine handelnden Akteur*innen. Landesverbände können in ihrem Rahmen eigene Papiere zum Umgang mit der AfD entwickeln, die auf landesspezifische Besonderheiten fokussieren. Sie sind dem BLR zur Kenntnis zu geben und sollen nicht von der Position des Bundesverbandes abweichen.